

An den Grossen Gemeinderat

W i n t e r t h u r

Beantwortung der dringlich erklärten Interpellation betreffend Biorender AG – Zahlungen trotz Referendum?, eingereicht von Gemeinderat J. Lisibach (SVP)

Am 16. September 2013 reichte Gemeinderat Josef Lisibach (SVP) folgende Interpellation ein, die vom Stadtparlament antragsgemäss dringlich erklärt wurde:

„Am 26. August 2013 stimmte der Grosse Gemeinderat dem Geschäft 2013/024 mit 23 zu 24 Stimmen zu. Am selben Abend wurde das Behördenreferendum gegen diesen Entscheid ergriffen und bei der Stadtkanzlei eingereicht (Publikation 2. September 2013 im Landboten). Somit ist der Entscheid des Grossen Gemeinderates nicht rechtskräftig.

Der Stadtrat sagte anlässlich dieser Debatte wörtlich, dass die Bilanz der Biorender AG am 29. August 2013 deponiert werden müsse, wenn der Grosse Gemeinderat dem Antrag des Stadtrates nicht folge. Bis zum heutigen Tag ist die Bilanz der Biorender AG nicht deponiert worden.

Daher stellen sich folgende Fragen:

- 1. Wie stellt sich der Stadtrat und damalige Verwaltungsratspräsident der Biorender AG heute zu seiner Aussage vom 26. August 2013, dass die Bilanz der Biorender AG am 29. August 2013 hätte deponiert werden müssen?*
- 2. Gingen seit dem 26. August 2013 Zahlungen der Stadt Winterthur an die Biorender AG?*
- 3. Wenn ja, wie werden diese finanziert und wie sind die Zahlungen begründet.“*

Der Stadtrat erteilt folgende Antwort:

Die Biorender AG befindet sich aufgrund technischer Schwierigkeiten seit längerer Zeit in einer angespannten finanziellen Lage. In den letzten Monaten konnten erhebliche Leistungssteigerungen erreicht und die Produktion stabilisiert werden. Ohne den auf dieser Basis kalkulierten, seitens der Gas beziehenden Aktionäre entrichteten erhöhten Gaspreis wären das Überleben der Firma und damit die Weiterverfolgung des angestrebten Entwicklungspfads jedoch nicht möglich.

Bis heute ist die überwiegende Mehrheit der Biorender-Aktionärinnen (neben St. Gallen und Winterthur auch Schaffhausen, Uzwil und Flawil) bereit, diese erhöhte Leistung zu erbringen. Einzig die Stadt Will hat ihren Beitrag einseitig reduziert. Die klare Mehrheit des Aktionariats will weiterhin die Gesellschaft erhalten und zum Erfolg führen.

Die Stadt Winterthur hat sich 2009 mit Fr. 3 Mio. an der Biorender AG als Investition in eine zukunftssträchtige innovative Biogasproduktion beteiligt und sich seither über die Gasbezüge mit weiteren finanziellen Mitteln engagiert. Der Stadtrat erachtet die Entwicklungsaussichten von Biorender grundsätzlich nach wie vor als intakt, vorausgesetzt die Gas beziehenden Aktionäre sind weiterhin bereit, vorübergehend höhere Gaspreise zu tragen.

Um dem Grossen Gemeinderat resp. nun dem Stimmvolk den effektiven Entscheid über das weitere Vorgehen bei der Biorender AG zu ermöglichen, hat der Stadtrat in Ausübung seiner eigenen Kompetenzen beschlossen, bis zu diesem Entscheid die notwendigen Zahlungen seitens der Stadt Winterthur zu leisten. Nachdem der Grosse Gemeinderat das Geschäft im April von seiner Traktandenliste abgesetzt hatte, bemühte sich der Stadtrat, mit einer Anpassung der ursprünglich gestellten Anträge zum nun erfolgten Beschluss des Grossen Gemeinderates in möglichst kurzer Zeit beizutragen. Mit dem ergriffenen Behördenreferendum verlängert sich die Frist bis zu einem rechtskräftigen Entscheid nochmals, dank des baldigen Abstimmungstermins jedoch in einem vertretbaren Mass.

Zu den einzelnen Fragen:

Zur Frage 1:

„Wie stellt sich der Stadtrat und damalige Verwaltungsratspräsident der Biorender AG heute zu seiner Aussage vom 26. August 2013, dass die Bilanz der Biorender AG am 29. August 2013 hätte deponiert werden müssen?“

Diese Aussage erfolgte keinesfalls in der behaupteten Absolutheit (sie ist auch nicht im Ratsprotokoll zu finden). Der Entscheid über die Deponierung der Bilanz hängt von verschiedenen Kriterien ab. Ein zentraler Aspekt ist dabei die Fortführungsfähigkeit der Gesellschaft. Ein ablehnender Entscheid des Grossen Gemeinderats am 26. August 2013 hätte die Fortführungsfähigkeit auf jeden Fall stark in Frage gestellt, und der für die Biorender AG verantwortliche Verwaltungsrat hätte sich in der Folge an seiner Sitzung vom 29. August 2013 mit hoher Wahrscheinlichkeit für die Deponierung der Bilanz aussprechen müssen. Die entsprechende Frage war darum für diese Verwaltungsratssitzung auch ordentlich traktandiert. Effektiv hat aber der Grosse Gemeinderat am 26. August 2013 der stadträtlichen Vorlage - wenn auch mit knapper Mehrheit - zugestimmt. Das gegen diesen zustimmenden Entscheid des Grossen Gemeinderats ergriffene Behördenreferendum verlängert nun den Zustand der unsicheren Beurteilung der weiteren Aussichten der Biorender AG. Nach Beurteilung des verantwortlichen Verwaltungsratsgremiums besteht damit aber einstweilen kein hinreichender Grund für eine Bilanzdeponierung.

Zur Frage 2:

„Gingen seit dem 26. August 2013 Zahlungen der Stadt Winterthur an die Biorender AG?“

Ja, für die Gaslieferungen von Biorender an die Stadt Winterthur wurden und werden seit dem 26. August 2013 und bis zu einem allfälligen Negativentscheid der Stimmberechtigten weiterhin Zahlungen zum erhöhten Gaspreis an Biorender resp. an die gemäss Vertragsmechanismus für den Zahlungstransfer zuständige EGO (Erdgas Ostschweiz AG) geleistet.

Zur Frage 3:

„Wenn ja, wie werden diese finanziert und wie sind die Zahlungen begründet.“

Die Zahlungen gehen zu Lasten der Rechnung von Stadtwerk Winterthur / Profitcenter Gas-handel, wie dies schon bisher der Fall war. Es handelt sich dabei um eine Komponente der Gasbeschaffung, deren Kosten über die entsprechenden Gebühren gedeckt werden. Steuergelder werden dafür keine verwendet.

Der Stadtrat hat die vorläufige Zahlung des erhöhten Gaspreises zur Abwendung unmittelbar drohenden grösseren Schadens in eigener Kompetenz beschlossen und für die Schaffung einer definitiven, ordentlichen Rechtsgrundlage auf einen möglichst raschen Entscheid des Grossen Gemeinderats hingewirkt.

Ähnlich stellt sich die aktuelle Situation nach dem Parlamentsentscheid vom 26. August 2013 dar. Der Grosse Gemeinderat hat den weiteren Zahlungen bis Mitte 2014 zugestimmt; aufgrund des Referendums ist es nun aber an den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, abschliessend darüber zu entscheiden. Um einen materiellen Entscheid in dieser Sache zu ermöglichen, muss die Biorender AG bis zum Zeitpunkt der Volksabstimmung bestehen bleiben und die benötigten Zahlungen erhalten. Es wäre stossend, wenn allein durch das Behördenreferendum die Einstellung der Zahlungen und damit praktisch ein vorzeitiger Konkurs der betroffenen Firma bewirkt werden könnten. Der im Prinzip positive Mehrheitsbeschluss des Grossen Gemeinderats würde damit von einer Minderheit umgestossen und dem an sich angerufenen Stimmvolk auf kaltem Weg die Möglichkeit entzogen, in der umstrittenen Sache effektiv abschliessend zu entscheiden. Eine solche einseitige Schaffung vollendeter Tatsachen wäre weder demokratisch noch rechtsstaatlich zu rechtfertigen.

Um aber möglichst rasch einen Volksentscheid herbeizuführen und die bis dahin weiter geleisteten Zahlungen zu minimieren, hat der Stadtrat mit dem 24. November 2013 den frühest möglichen Zeitpunkt für die Volksabstimmung festgelegt.

Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist dem Vorsteher des Departements Technische Betriebe übertragen.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

M. Künzle

Der Stadtschreiber:

A. Frauenfelder